

Zeitschrift:	Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge
Herausgeber:	Bioforum Schweiz
Band:	22 (1967)
Heft:	3
Artikel:	Die Gefährdung der westdeutschen Bauern durch die EWG
Autor:	Heitkamp, Werner
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-890199

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ebenso wie die vielen Helfer, die die Proben ziehen. Unser aller Dank möge das Vertrauen sein, das man allen den Helfern entgegenbringt, nicht zuletzt unserer biologischen Untersuchung.

Die Gefährdung der westdeutschen Bauern durch die EWG

von Werner Heitkamp

Selten war eine politische und wirtschaftliche Einrichtung in Europa so schwer klar zu beurteilen wie gegenwärtig die EWG. Das hat mehrere Gründe.

Wirtschaftliche Einrichtungen auf nationalstaatlicher Grundlage sind an sich schon keine einfach zu durchschauende Gebilde, besonders dann nicht, wenn sie zugleich politische Einrichtungen sein sollen. Noch schwieriger wird eine Beurteilung dadurch, daß sechs verschiedene Staaten ihre außerordentlich verschiedene Wirtschaft in Einklang bringen sollen, daß also Vergleiche zwischen an sich nicht Vergleichbarem angestellt werden müssen. Völlig unübersichtlich werden die Zusammenhänge schließlich, wenn man berücksichtigt, daß allen Veröffentlichungen, Entscheidungen und Maßnahmen der EWG-Organisationen offiziell eine gemeinsame politisch-einheitliche Vorstellung zugrunde liegt, die sich aber bei näherem Hinsehen bei den einzelnen Ländervertretern als durchaus nicht so einheitlich entpuppt.

In dieser Lage gibt es nur einen Weg, um sich Klarheit über die Bedeutung der EWG, besonders für die Bauern, und hier vor allem für die westdeutschen, zu verschaffen: den Versuch- an die «Quellen» der EWG, also an den Inhalt des EWG-Vertrages heranzukommen. Natürlich muß die «Theorie» des Vertrages von Rom durch kritische Betrachtung der Beschlüsse der Agrarkonferenz von Stresa und die sonstige «Praxis» ergänzt werden.

Die Artikel 39—47 des EWG-Vertrages behandeln die Landwirtschaft, soweit in den andern Artikeln nicht übergeordnete Regeln verbindlich sind. Auf den ersten Blick sind die dort angeführten Ziele durchaus annehmbar. Es ist die Rede von Produktivitätssteigerungen und Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens der landwirtschaftlich Tätigen, ferner von Marktstabilisierung, Sicherstellung der Versorgung der Verbraucher und von Preisen, die für den Konsumenten tragbar sind. Auch die weiteren Richtlinien erwecken zunächst Vertrauen: Die «Eigenart der landwirtschaftlichen Tätigkeit, die sich aus dem sozialen Gefüge der Landwirtschaft und den strukturellen und naturbedingten Unterschieden der verschiedenen Gebiete ergibt, soll ebenso berücksichtigt werden wie «enge Verflochtenheit der Landwirtschaft mit der übrigen Volkswirtschaft».

Sieht man sich diese Bestimmungen und vor allem spätere Erläuterungen (Stresa-Konferenz u. a.) und ihre Ausführung jedoch genauer an, so entdeckt man vor allem drei wichtige Dinge: 1) Der anscheinend harmlose Gemeinplatz, daß volkswirtschaftliche Verflochtenheit der Landwirtschaft berücksichtigt werden müsse, bedeutet in normale Sprache übersetzt: nur die rein ökonomischen Gesetzlichkeiten der nichtlandwirtschaftlichen Bereiche der Volkswirtschaft sollen die Gestaltung der Landwirtschaft bestimmen, d. h. die organischen Eigengesetzlichkeiten der Landwirtschaft dürfen nicht zum Zuge kommen. Zwar ist von Berücksichtigung landwirtschaftlicher Eigenarten die Rede und die Formulierung ähnelt derjenigen vieler Bauernvertretungen sehr stark; liest man aber die wichtigen Worte genauer, so zeigt sich der Pferdefuß: nicht die Eigenart der Landwirtschaft als solcher, sondern nur die strukturellen Eigenheiten der verschiedenen landwirtschaftlichen *Gebiete*, also der Produktionszonen sollen beachtet werden. Das ist natürlich ein großer Unterschied: das erste wäre ein Anhaltspunkt für das Vorliegen einer ganzheitlichen Lösung, das letztere aber paßt sehr gut in die Vorstellungen des radikalen Oekonomismus hinein, der durch die Verwendung von Tarnformulierungen besonders gefährlich wird.

2) Es wird offensichtlich bewußt verschwiegen, daß in der EWG die Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens nur für diejenigen Bauern vorgesehen ist, die nach dem als Dauereinrichtung vorgesehenen liberalistischen Schrumpfungsprozeß der Landwirtschaft

übrig geblieben sind! All denen, die an diesen geistig hinterhältigen Praktiken Kritik üben, wird scheinheilig entgegnet, man könne «selbstverständlich» keine Einkommensgarantien für alle Bauern geben. Mit diesem dialektischen Trick gelingt es meist, die Kritiker zu beruhigen. Fast keiner unter ihnen sieht, daß es ja gar nicht darum geht, allen Bauern ein festes Einkommen zu garantieren, sondern vielmehr allen *tüchtigen* Bauern die preislichen und sonstigen *Grundlagen* zu geben, aus denen heraus sie die *Chance* haben, ein gutes Einkommen zu erwerben. Kein Bauer hat je gefordert, daß man ihm sozusagen ein fertiges Haus garantiere, sondern lediglich, daß man ihm den Boden und den Raum beläßt, die den Bau eines soliden Hauses überhaupt erst ermöglichen, und zwar *ohne* daß deshalb anderen, die die gleiche Absicht haben, der Bauraum durch wirtschaftliche Druckmittel entzogen wird.

3) Es fehlt eine grundsätzliche Antwort auf die sehr grundsätzliche Frage nach der *Bedeutung* der Landwirtschaft für die übrige Volkswirtschaft und nach der Stellung in ihr. Und sogar diese Frage wäre noch zu eng: es geht ja letztlich gar nicht bloß — wie immer behauptet wird — um wirtschaftliche, sondern um soziale Dinge und um Dinge der Förderung der Volksgemeinschaft als solcher und als Träger einer bestimmten Kultur. So wäre also zu fragen: Wie ist die Stellung der Bauern und ihrer Helfer in der *Volksgemeinschaft*?

Die Antwort auf diese Kardinalfrage beeinflußt die Antworten auf die ihr untergeordneten wirtschaftlichen und sozialen Fragen außerordentlich stark. Die geistigen Väter der EWG haben diese Frage offensichtlich bewußt nicht gestellt und zwar wohl deshalb nicht, weil dann vielleicht offenkundig geworden wäre, welcher Geist, welche politischen und weltanschaulichen Vorstellungen hinter den Kulissen des EWG-Vertrages standen: nämlich die Vorstellung der Oekonomisten und Technokraten, die glauben, man könne das Wesen und Leben des Menschen auf Wirtschaft und Technik einengen und zurückführen und die glauben, allein mit wirtschaftlichen Rezepten politische und soziale Fragen lösen zu können.

Sie meinen, man könne die seelische Eigenart der Völker in ein einheitlich verwaltetes, überstaatliches System zwingen, in dem der ökonomische Nutzen von allen übrigen, nicht-ökonomischen Werten rangiert und in dem die Menschen (die

Bauern zuerst!) mehr oder weniger unsichtbar durch wirtschaftliche Druckmittel zum Abwandern aus ihren Berufen gezwungen und in alle die Wirtschaftsbereiche gedrängt werden sollen, von denen die «Weisen von Brüssel» glauben, es ließe sich hier der größte Nutzen erzielen. Diese Absichten sollen durch die Freizügigkeit der Arbeitskräfte innerhalb der EWG ermöglicht werden. Das wird dann erwünschte «Mobilität» der Arbeitskräfte bezeichnet. Daraus folgt ein fortgesetztes Aufgeben von Berufen und mit hohen Kosten und sozialen Reibungen verbundenes Eintreten in neue Berufe. Diese Vorgänge versucht man durch die bewußt verharmlosenden Begriffe «Strukturwandel», «Dynamik» und «Anpassung» schmackhaft zu machen. Alarmierend muß dabei die offenkundig beabsichtigte Politisierung von an sich allgemein positiv bewerteten Begriffen wirken. Mobilität, Anpassung, Wandel — das sind Allgemeinbegriffe, deren Nennung jedermann gut in den Ohren klingt, weil sich «fortschrittliche» Entwicklungen damit zu verbinden scheinen. So erreicht die verborgen ideologisierte EWG-Sprache, die sich an die Ausdrucksweise gewisser Volkswirtschaftstheoretiker anlehnt, daß man diese liberalistisch-ökonomischen Vorstellungen unversehens als «selbstverständlich», «richtig» und «natürlich» empfindet und daß jeder, der den Pferdefuß im Gebrauch dieser Begriffe erkennt und auf die damit verbundenen Gefahren aufmerksam macht, als «irrational», rückständig und «romantisch» angeprangert werden kann. Es zeigt sich hier, daß gewisse EWG-Ideologen die modernste und zugleich wirksamste Waffe verwenden, die wir kennen: die bewußte Verzerrung, Verharmlosung und willkürliche Umdeutung von an sich als neutral oder positiv empfundenen Begriffen. Gerade, wenn Gemeinplätze und allgemein anerkannte Begriffe gebraucht werden, ist also besonders geistige Vorsicht und Mißtrauen geboten; denn, wer etwas ohne Hintergedanken vertritt, braucht nicht das helle Licht klarer, genauer und richtig verwendeter Begriffe zu scheuen! — Leider ist der «Begriffskrieg» der EWG-Ideologen, den diese heimlich und unter dem schützenden Mantel «nüchterner Wissenschaft» gegen die ihnen noch Widerstehenden führen, besonders gut gegen die geistig arglosen Bauern zu gebrauchen. Aber auch die Verbraucher, die Wissenschaftler und die Politiker sind schon weitgehend der gezielten babylonischen Sprachverwirrung erlegen.

Die EWG ist also — das hat schon ein Gelehrter von Weltrang, Wilhelm Röpke, gesehen — unter einem schlechten Stern geboren worden, dem Unstern der dogmatischen Vergewaltigung des menschlichen Wesens, die ein Mittel — nämlich Wirtschaft und Technik — zum Selbstzweck und Diktator macht. Daraus kann nichts Gutes entstehen, vor allem nicht für die westdeutschen Bauern, weil sie in wirtschaftlicher Hinsicht ganzheitlicher als fast alle anderen Berufsgruppen in Deutschland denken und handeln und deshalb die Gegnerschaft all derer auf sich lenken müssen, denen dieses Denken als ein lästiges Hindernis auf dem Wege zur ökonomistischen Technokratie erscheint.

Man sieht, warum im Vertrag von Rom nur von «volkswirtschaftlichen», nicht von volksgemeinschaftlichen Zusammenhängen die Rede ist. Nur so kann man den bäuerlichen Selbstbehauptungswillen besiegen. Denn in der «Volkswirtschaft», wie sie die EWG-Ideologen verstehen, darf man sich nur «ökonomisch» verhalten oder man wird durch den «Markt» gezwungen, seinen Beruf aufzugeben. In der verharmlosenden EWG-Einheitssprache heißt das «die Berufsstruktur wandelt sich». So wird schließlich erreicht, was sich die Konstrukteure Europas offenbar erhoffen: der Sieg der perfekten rationellen Zivilisation über die unberechenbare und darum als Störfaktor zu überwindende Kultur. In dieser öko-technokratischen Wirtschafts- und Sozialordnung wird es unter Umständen «ökonomisch» sein, die mühevoll produzierten Nahrungsmittel, wie Obst, Gemüse und anderes zu vernichten; es wird «ökonomisch» sein, immer stärker die biologischen Gesetze durch Anwendung von immer stärkeren Giften in der Schädlingsbekämpfung und anderswo zu mißachten; es wird «ökonomisch», also materiell vorteilhaft sein, Tiere unter Lebensbedingungen zu halten, die schon den Tatbestand der Tierquälerei erfüllen.

Natürlich ist die Überbewertung der Quantität der Waren gegenüber deren Qualität oft eine weitere Folge. «Fortschritt» bedeutet dann vor allem: *mehr* Produkte erzeugen statt physiologisch einwandfreiere, denn der Bauer muß und darf ja nur «Kosten senken», nicht aber gerechte Preisregelungen fordern.

Das alles sehen die westdeutschen Bauern noch nicht klar, und es fand sich bisher auch keiner, sie entsprechend aufzuklären. Im Gegenteil: die erdrückende Mehrzahl der Wirtschafts-, Sozial- und Agrarwissenschaftler und ebenso die durch diese beein-

flußte Presse sowie Rundfunk und Fernsehen tun alles, um das Denken der Bauern als rückständig, überholt, geistig minderwertig, gefühlsbeladen und lächerlich erscheinen zu lassen. Das geschieht mit solchem Geschick, daß die Bauern ohne Hilfe von wissenschaftlich geschulten, selbstständig und gewandt Denkenden stets den Kürzeren ziehen müssen. Der Bauer ist eben auch in Westdeutschland im allgemeinen entweder arglos oder er meint, sich um Agrarpolitik nicht kümmern zu brauchen, so lange er noch einigermaßen leben kann. Er überläßt agrapolitisches Denken meist Verbandsfunktionären, die z. T. an Parteien mit liberalistischem Wirtschaftsdenken gebunden sind, deren Ziel es ja gerade ist, dieses nach ökonomistischen Gesichtspunkten manipulierbare bauernfeindliche System zu errichten. Andere Funktionäre wiederum argumentieren teils bewußt, teils unbewußt allzuoft so kurzsichtig, ungeschickt oder ungenau, daß sie in fast jedem Streitgespräch unterliegen, mitunter sogar gegen solche Journalisten, die keinerlei Ahnung von den wesentlichen Gesetzen haben, denen die Landwirtschaft unterliegt.

Aber auch wenn die Landwirtschaft mehr Freunde unter den Wissenschaftern und in der sonstigen städtischen Bevölkerung hätte und der EWG-Vertrag nicht durch jenen technokratisch-ökonomistischen Geist geprägt wäre, brächte die EWG für Westdeutschlands Bauern mit großer Wahrscheinlichkeit nichts Gutes. Einer der Hauptgründe dafür ist der Mangel an bäuerlicher Kampfbereitschaft. In der Bundesrepublik herrscht ein Wirtschaftssystem, das man als abgewandelten Liberalismus bezeichnen kann. Dort verdrängt der im Wettbewerb Stärkere den anderen, d. h. die Rücksichtnahme auf das Gemeinwohl, die bei den Bauern oft noch anzutreffen ist, unterliegt der skrupellosen Machtausnutzung. Solange ihre Existenz nicht bedroht ist, nehmen die westdeutschen Bauern solche Zustände entweder stillschweigend hin oder sie sind zu uneinig, um sich zu wehren.

Manche Bauern hofften vielleicht, daß wenigstens in Brüssel, wo mit scheinbar nicht egoistischen Politikern der EWG-Kommision verhandelt werden mußte, ihre Sache gerecht vertreten würde. Doch das sollte eine große Täuschung werden; man arbeitete dort genauso bauernfeindlich wie in der bisherigen Regierung der Bundesrepublik. Das ist erklärlich durch die Neigung sehr vieler deutscher Politiker, allen fremden Ideen, Vorschlägen, Meinungen und Ansprüchen gegenüber außerordentlich auf-

nahmebereit, unkritisch und so nachgiebig zu sein, daß selbst wichtigste deutsche Interessen um eines wirtschaftlichen Nutzens willen oder «um das Ausland nicht zu verärgern» aufs Spiel gesetzt werden. Das führt zu einem Nachgeben um jeden Preis. Wenn es um wirtschaftliche Dinge geht, zahlen diesen Preis fast stets die Bauern; einmal aus einem sachlichen Grund: der geringen Preiselastizität der Nachfrage nach Agrarprodukten, zum andern aus einem politisch-psychologischen Grund: der laufenden unfairen und arroganten Gepflogenheit, die Bauern mehr oder weniger als nicht ernst zu nehmende Partner hinzustellen. Dagegen können sich die Bauern nicht einmal wirksam wehren, da sie durch die bewußt betriebene «Gesundschrumpfung», die eigentlich Totschrumpfung heißen sollte, einen immer kleineren Bevölkerungsanteil ausmachen, damit also an politischer und wirtschaftlicher Macht verlieren. Außerdem wäre die Anwendung bestimmter Kampfmittel, wie z. B. Streiks einem konzentrierten Trommelfeuer der agrarfeindlichen städtischen Presse und des Fernsehens ausgeliefert. — Ferner zeigt sich in Brüssel immer wieder, wie egoistisch die Partner der Bundesrepublik ihre Interessen vertreten. Ein nachgiebiges Westdeutschland muß hier besonders stark ins Hintertreffen geraten und gefährdet so die Existenz seiner Bauern. Alle Rechtfertigungen dieser Politik, wie z. B. die Behauptung, man müsse eben «zuerst an Europa denken» — obwohl es die anderen nicht tun! — zeigen eine Wirklichkeitsfremdheit, die früher oder später durch die Preisgabe der Bauern die Fundamente des Volkslebens zerstört. Diese für die deutschen Bauern und auch für das Gesamtvolk außerordentlich negativ zu beurteilenden Tatsachen werden keineswegs durch einige wenige Augenblicksvorteile der EWG aufgewogen. Ein zeitweilig etwas besserer Milchpreis und ein etwas höherer Käsepreis im Allgäu z. B. sind Beruhigungspillen, die nur den Kurzsichtigen täuschen können. Die Reden von Hallstein, Mansholt und van der Groeben zeigen mit nicht gut zu übertreffender Deutlichkeit die Entschlossenheit, ihre wirtschaftlichen Vorstellungen ohne Rücksicht auf die Bauern, besonders auf die westdeutschen, zu erzwingen. Das zielbewußte Streben der EWG-Politiker, durch niedrige Agrarpreise und strenges Festhalten an einer bauernfeindlichen Wirtschaftsordnung die Landbevölkerung zur Abwanderung in die Stadt zu bringen, wird allerdings in verdächtiger Eile verwirklicht. Offenbar hat man

Sorge, einige Nachdenkliche könnten merken, daß das Opfern der Bauern nicht nur nichts nützt — auch wirtschaftlich nicht — sondern nicht wiedergutzumachende Schäden mit sich bringt, zunächst für das westliche Deutschland, später für die übrigen Länder, die Mitglied der EWG oder eng an sie angeschlossen sind.

Die Folgen der EWG könnten sich erst ändern, wenn die EWG in ihrem gesamten Aufbau geändert würde. Die erste Voraussetzung müßte eine andere politische Grundgesinnung sein, eine Gesinnung, die die gewachsenen und bewährten Formen der sozialen und wirtschaftlichen Welt nicht einseitig, sondern allseitig sieht, sie fördert oder höher entwickelt und im Einklang mit der Natur und Kultur des Menschen steht, also auch seine lebende Umwelt harmonisch miteinbezieht.

Eine weitere Voraussetzung wäre der Abbau der Interessenegoismen in den einzelnen Ländern bei gleichzeitiger Anerkennung der verschiedenen Formen des kulturellen, sozialen, staatlichen und wirtschaftlichen Lebens in den beteiligten Völkern. Die dritte Voraussetzung wäre schließlich die Verwandlung der Bauernverachtung in verständnisvolle Einsicht in die Besonderheiten bürgerlicher und landwirtschaftlicher Probleme und das Wachsen eines Gemeinschaftsbewußtseins zwischen Stadt und Land, so wie es etwa in der Schweiz doch noch weitgehend vorhanden ist.

Dann allerdings wäre die EWG keine EWG im heutigen Sinn mehr. Die Bahn wäre vielmehr frei für die Gestaltung einer Sozial- und Wirtschaftsordnung auf sittlicher Grundlage, die selbstverständlich die Bauern nicht einfach langsam auslöschen dürfte, sondern sie organisch in kulturelle, soziale, politische und wirtschaftliche Gefüge der Völker und völkerverbindenden Einrichtungen miteinbeziehen müßte.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die EWG durch die in ihr verwirklichte Ideologie die westdeutschen, später auch die übrigen Bauern immer stärker zur Aufgabe ihres Berufes zwingt, wodurch ihre politische und soziale Bedeutung immer stärker absinken muß. Gleichzeitig schafft die von der EWG geforderte Schrumpfung der Betriebsanzahl bei ständig sich vergrößernder Betriebsfläche einen ständig wachsenden Risikofaktor, da diese Vergrößerung nur durch Pachtung möglich ist, wenn nicht Aktien-Kapitalgesellschaften zum Zuge kommen sollen, die eine

noch größere Katastrophe bedeuten würden, da dadurch den Bauern das Verfügungsrecht über ihre Höfe immer mehr verloren ginge und der Einschleusung von Kapital von außerhalb der EWG Tür und Tor geöffnet wäre. Dies aber hätte eine wachsende ernährungspolitische Abhängigkeit von EWG-fremden Staaten zur Folge, was auch den außenpolitischen Handlungsspielraum stark einengen würde. Ferner fördert die EWG die Bildung von Monopolen und Oligopolen, wenn auf immer weniger Betriebsinhaber immer größere Betriebsflächen und Kapitalmengen entfallen. Damit richtet sich die EWG, langfristig gesehen, auch gegen die Verbraucher, die wegen ihrer schlechteren Marktstellung höhere Einzelhandelspreise zahlen müssen. Als wesentlicher Nachteil allgemeiner Natur ist schließlich das demokratische Dogma der EWG-Ideologie anzusehen, das die geistigen, seelischen und biologischen Erfordernisse einer kulturellen Entfaltung und Höherentwicklung der betreffenden Völker unter die Herrschaft einer falsch verstandenen und rücksichtslos angewendeten Wirtschaftsformel und die Diktatur der «Fachleute» zwingen will.

So müssen die Verbraucher, die ihre Interessen wahren und die Bauern, die ihre Existenz und ihre Unabhängigkeit bewahren wollen, die EWG in ihrer jetzigen Form ablehnen. Den Politikern ist aufgegeben, nach besseren, sittlich vertretbareren Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu suchen. Die Mühe, die man auf den Bau eines architektonisch gigantischen Werkes verwendet hat, darf nicht davon abhalten, diesen Bau umzgestalten, wenn er den Menschen bedroht.

R

*eichtum, Ansehen, Macht, alles ist unbedeutend und
nichtig gegen die Größe des Herzens.*

Das Herz allein ist das einzige Kleinod auf der Welt.

Adalbert Stifter